

# BESCHLUSS

---

des Präsidiums der FDP, Berlin, 27. März 2023

---

## Freiheit im öffentlichen Raum sichern – städtische Politik des Wegschauens beenden

Der öffentliche Raum ist Ausdruck von Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung. Er muss für jede und jeden frei zugänglich sein – unabhängig von der sozialen Herkunft, der religiösen Anschauung, der sexuellen Orientierung, des Alters oder des Geschlechts. Der öffentliche Raum ist auch ein Ort der Begegnung und ein zentrales Element unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich dort frei und sicher fühlen können. Zwar zählt Deutschland zu den sichersten Ländern weltweit. Dennoch wird das Sicherheitsgefühl mancherorts leider durch eine hohe Kriminalität, Angsträume und eine Verwahrlosung des öffentlichen Raums beeinträchtigt. Wir setzen uns ein für eine Stärkung des handlungs- und durchsetzungsfähigen Rechtsstaats. Kriminalität muss konsequent und zügig geahndet werden. No-go-Areas darf es in unseren Städten nicht geben. Die Strafverfolgungsbehörden haben bei ihrem Einsatz für den Rechtsstaat und die Sicherheit unsere volle politische Unterstützung. Durch starke Ordnungsämter und mehr Präsenz von Sicherheitspersonal wollen wir die Aufenthaltsqualität und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in der Öffentlichkeit erhöhen. Der Staat darf keine Gebiete vernachlässigen oder der Kriminalität und Verwahrlosung preisgeben. Jeder hat ein Recht auf sichere und saubere Parks, Sport- und Spielplätze sowie Schwimmbäder in seiner Umgebung. Denn sie fördern auch soziale Teilhabe. Wir Freie Demokraten wollen die Freiheit im öffentlichen Raum mit einem Maßnahmenkatalog sichern – und zwar für alle Bürgerinnen und Bürger.

Wir Freie Demokraten fordern:

- **Der Rechtsstaat muss handlungs- und durchsetzungsfähig sein.** Das gilt auch im Umgang mit Clankriminalität. Wir fordern ein konsequentes Vorgehen – auch durch Schwerpunktstaatsanwaltschaften. Kriminelle Strukturen müssen aufgebrochen und gezielte Nadelstiche gesetzt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass organisierte Kriminalität das Vertrauen rechtschaffender Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat untergräbt. Die im Koalitionsvertrag beschlossenen Punkte zur Bekämpfung der Clankriminalität müssen schnell und konsequent umgesetzt werden. Geeignete Aussteiger-Programme in den Ländern unterstützen wir.
- **Bahnhöfe müssen wieder sichere und angenehme Orte sein.** In vielen deutschen Großstädten hat sich die Lage an den Bahnhöfen verschärft. In Städten wie Frankfurt am Main, München oder Bremen sind der Bahnhof und das Bahnhofsumfeld mittlerweile in einem unzumutbaren Zustand. Aggressives und bandenmäßig organisiertes Betteln sowie Drogen- und Gewaltkriminalität dürfen nicht zum Erscheinungsbild von Bahnhöfen gehören. Insbesondere

für Frauen dürfen Bahnhöfe keine Angsträume sein. Die Bundespolizei muss dazu ihre Präsenz in den Bahnhöfen spürbar erhöhen. Auch die Länder sind gefordert, durch ausreichende Polizeipräsenz für ein sicheres Bahnhofsumfeld zu sorgen. Die Anonymität im öffentlichen Raum muss dabei gewahrt bleiben. Eine automatische Gesichtserkennung im öffentlichen Raum lehnen wir ab. Außerdem muss aggressives und bandenmäßig organisiertes Betteln im Bahnhof konsequent unterbunden und verfolgt werden. Auch eine angemessene **Beleuchtung** an öffentlichen Plätzen kann Angsträume verhindern und für ein erhöhtes Sicherheitsgefühl sorgen.

- **Drogenkriminalität** muss konsequent verfolgt und geahndet werden. Gleichzeitig müssen Beratungs- und Hilfsangebote für Drogenabhängige gestärkt werden, damit diese aus dem Drogenkonsum aussteigen können. Der Staat darf nicht hinnehmen, dass Bahnhöfe und ihr Umfeld, Spielplätze oder Parks Orte des offenen Drogenhandels und -konsums sind. Eine Politik des Wegschauens aus falscher Toleranz – wie etwa im Berliner Görlitzer Park – muss enden. Durch eine kontrollierte Abgabe von Cannabis kann der Schwarzmarkt eingedämmt werden. Dadurch würden der Polizei mehr Ressourcen für den Kampf gegen harte Drogen zur Verfügung stehen.
- **Ordnungsämter** sollten sich über das Verteilen von Strafzetteln für Falschparker hinaus auf zentrale Aufgaben konzentrieren. Wir fordern daher einen **Aufgaben-Check**, auf dessen Grundlage dort, wo notwendig, eine Neupriorisierung erfolgen kann.
- Die Bürgerinnen und Bürger sollten sich zu jeder Zeit in öffentlichen Verkehrsmitteln sicher fühlen. Wir brauchen deshalb **mehr Sicherheitspersonal in Bussen und Bahnen**, insbesondere am Abend und in der Nacht.
- **Illegale Graffiti und Schmierereien** im öffentlichen Raum verunstalten das Stadtbild und mindern die Aufenthaltsqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner. Öffentliche Gebäude – besonders Schulen – dürfen nicht verwahrlosen und müssen auch optisch in gutem Zustand gehalten werden. Wenn der Staat durch Bauordnungen von Eigentümern verlangt, Graffiti an Häusern zu entfernen, muss er selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Das Entfernen insbesondere von Hausfassaden ist häufig sehr teuer, abgesehen von Beschädigungen der Fassadensubstanz. Anti-Graffiti-Initiativen, die die Verursacher für die eigenhändige Beseitigung von Schmierereien in die Pflicht nehmen, können eine abschreckende Wirkung entfalten und Sachbeschädigungen verhindern. An besonders exponierten Orten kann auch der Einsatz von Anti-Graffiti-Beschichtungen an Fassaden sinnvoll sein.
- Vermüllung von Straßenzügen beeinträchtigen das Wohlbefinden und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus mindert ein verwahrloster öffentlicher Raum auch den Wert von Eigentum in den betroffenen Gebieten. **Mängel müssen schnellstmöglich behoben werden.** Die Ordnungsämter müssen dementsprechend mit Personal ausgestattet sein. Einfach nutzbare, digitale Mängelmelder-Apps tragen zu einer schnellen Beseitigung von Müllablagerungen und sonstigen Verschmutzungen bei.

- Straßenblockaden und Sachbeschädigungen, wie das Besprühen von Fassaden mit Farbe oder das Aufschlitzen von Autoreifen, beispielsweise durch Aktionen sogenannter **Klimakleber**, sind nicht zu rechtfertigen. Sie müssen konsequent geahndet werden. Versuche, die Politik zu erpressen, lehnen wir ebenso ab wie politische „Deals“ mit der „Letzten Generation“. Verhandlung mit Menschen, die die Öffentlichkeit erpressen, sind nicht der richtige Weg. Die „Letzte Generation“ radikalisiert sich zunehmend. Sollte sich diese Entwicklung weiter fortsetzen, wird sie früher oder später vom Verfassungsschutz beobachtet werden müssen.
- Jeder Mensch muss in der Öffentlichkeit seine **religiöse Anschauung** ohne Sorge vor Diskriminierung und Gewalt bekennen können – wie zum Beispiel durch das Tragen religiöser Symbole oder Bekleidung. Der Staat darf nicht hinnehmen, dass etwa Menschen jüdischen Glaubens sich in bestimmten Gegenden nicht mehr trauen, eine Kippa zu tragen.
- **Beste Bildung und individuelle Aufstiegschancen** sind zentral für die Prävention von Kriminalität. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder und jedem die besten Bildungschancen offenstehen und alle Kinder und Jugendlichen damit eine Perspektive für das eigene Vorankommen im Leben haben. Wir begrüßen deshalb das Startchancen-Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, das Schulen in schwierigen sozialen Lagen unter anderem durch ein Chancenbudget gezielt unterstützt. Schulen müssen attraktive, saubere und moderne Orte des Lernens sein.
- **Unsere Einsatzkräfte verdienen die beste Ausstattung.** Die Polizei muss über modernste und sichere Technik verfügen – im Büro wie unterwegs. Dazu gehören digitale Endgeräte für jede Polizistin und jeden Polizisten sowie auch Tablets und Kartenlesegeräte in Einsatzwagen. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz kann dazu beitragen, wertvolle Personalressourcen zu schonen und die Auswertung von Daten und Beweismaterial zu erleichtern. Neben Tasern im Streifendienst tragen auch Bodycams und Dashcams an Einsatzfahrzeugen zum Schutz der Einsatzkräfte bei.
- Immer wieder kommt es zu **Angriffen** auf Polizistinnen und Polizisten, die Feuerwehr und Rettungskräfte. Einsatzkräfte werden zum Teil schwer verletzt und Brandanschläge auf Einsatzfahrzeuge verübt. Diese Gewalttaten verurteilen wir auf das Schärfste. Sie müssen ausnahmslos verfolgt und mit aller gebotenen Härte geahndet werden. Reflexartige Forderungen nach mehr Straftatbeständen oder nach höheren Strafrahmen sind aber der falsche Weg. Vielmehr muss das geltende Recht konsequent und schneller als bisher zur Anwendung kommen und geltende Strafrahmen, wo es angezeigt ist, voll ausgeschöpft werden.